

Uwe Hoering

Vorsicht: Weltbank



**Armut, Klimawandel,
Menschenrechtsverletzungen**

VSA



Herausgegeben vom *Forum Umwelt
und Entwicklung*

Die Politik der Weltbank

Kurzfassung/Executive Summary

Uwe Hoering

Vorsicht: Weltbank

Armut, Klimawandel, Menschenrechtsverletzungen

Herausgegeben vom Forum Umwelt und Entwicklung

VSA-Verlag Hamburg

Uwe Hoering ist freier Journalist und Publizist. Er arbeitet seit vielen Jahren von verschiedenen Standorten (New Delhi, Nairobi, Bonn) aus zu entwicklungs- und umweltpolitischen Fragen, u.a. für Printmedien wie die »Frankfurter Rundschau« und für den Hörfunk wie den WDR. Er ist Autor mehrerer Bücher (u.a. »Das Wasser-Monopoly« zusammen mit Lisa Stadler, Zürich 2003) und Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Peripherie«.

Das Kapitel 6 verfasste *Daniela Setton*, Mitarbeiterin der Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED). Die Diplom-Politologin verfolgt dort die internationale Entwicklungs- und Umweltpolitik, mit Schwerpunkt auf den energiepolitischen Aktivitäten und Programmen der Weltbank.

Redaktion:

Peter Lanzet (EED), Jürgen Maier (Forum U&E),
Armin Paasch (FIAN), Regine Richter (urgewald),
Ann Kathrin Schneider (IRN), Daniela Setton (WEED),
Knud Vöcking (urgewald), Christa Wichterich (WIDE)

www.forumue.de

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Titelfoto: Weltbankpräsident Paul Wolfowitz (Foto: dpa)
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-241-3

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung: Eine »neue« Weltbank?	11
Kapitel 1:	
»Geschäftsziel« Armutsminderung	20
1. Kommerzialisierung, Privatisierung und die Beteiligung des privaten Sektors	21
2. Handelsliberalisierung	26
3. Schuldenerlass im Interesse der Gläubiger	33
4. Wachstum, Armutsminderung und Ungleichheit	37
Kapitel 2:	
Investitionsklima statt Umweltschutz	51
1. Prüfstein: Extractive Industries	52
2. Beitrag zum Treibhauseffekt	56
3. Investment Framework – Ein neuer Anlauf	59
4. Vorrang für Wachstum	61
Kapitel 3:	
Wachstum, Privatwirtschaft – und die Menschenrechte?	65
1. Aufweichung der Minimalstandards	66
2. Frauenrechte – ja, aber... ..	70
3. Weltbank in der Verantwortung, Mitglieder in der Pflicht	75
Kapitel 4:	
Lektionen ohne Lehren	80
1. Partizipation ausgehebelt	80
2. PRSP: Alter Wein in neuen Schläuchen	84
3. Entkonditionalisierung – oder doch nicht?	87
4. Reformen ohne Veränderungen	91

Kapitel 5:

Systemfehler der Weltbank-Politik	95
1. Eine Bank ist eine Bank ist eine Bank...	96
2. Wer entscheidet, entscheiden wir	101

Kapitel 6:

Deutsche Weltbank-Politik:

Wunschdenken und Wirtschaftsförderung	108
1. Schöne Worte ohne Durchschlagkraft	108
2. Verfehlte Reformstrategie	113
3. Die Weltbank als Machtinstrument	116

Zusammenfassung	119
------------------------------	-----

Ausgewählte Literatur.....	122
----------------------------	-----

Abkürzungen	124
-------------------	-----

Kästen

Die Weltbank – Ein Monster? 12 | Kleine Einführung in die Bretton-Woods-Institutionen 17 | Gebühren im Bildungswesen 25 | Brasilien – Hilfe für Agrarkonzerne 27 | Ohne Wirtschaftsreformen keine Entwicklungshilfe 29 | Die Wiederentdeckung der Landwirtschaft 30 | Zollabbau: Löcher im Staatssäckel 32 | Die Auswirkungen von Beratung und Kreditvergabe 33 | Falsche Prognosen 37 | Wie viele Arme? Zahlenspiele 40 | Evaluierungsabteilung: Weltbank ignoriert Armutsorientierung 43 | Uganda: Strohfeuer 45 | Was ist »Pro-poor-Growth«? 50 | Orissa – Hilflose Helfer 54 | Guatemala – Gold und Dreck 55 | Tschad/Kamerun: Ende eines Modellprojekts 58 | Die Bank als Broker 62 | Die Hauptprofiteure aus Weltbankprojekten im Bereich Fossile Brennstoffe 1992-2004 63 | Vertröstung auf die Zukunft 64 | Pakistan – Tödliche Verstöße gegen Safeguards 68 | Eine neue Forstpolitik 69 | Frauen als Mehrzweckwaffe 72 | Rechte indigener Völker 74 | Ghana: Verstoß gegen das Recht auf Wasser und auf Gesundheit 77 | Landreformen – Markt versus Recht 78 | Laos – Der Dammbruch 83 | Aktuelle Beispiele für wirtschaftliche Konditionalisierung von Weltbankkrediten 90 | »Wissensbank« 94 | Kein Geld für Entwicklung 99 | Stellenbesetzung nach Art des (Weißen) Hauses 104 | Offenlegung von Informationen 105 | Deutschland in der Weltbank 111 | Die Weltbank-Mühlen mahlen... 117

Die Politik der Weltbank

Kurzfassung/Executive Summary

Die Weltbank, weltweit die wohl wichtigste und einflussreichste Finanzierungs- und Entwicklungsinstitution, steht auf dem Prüfstand. Von vielen Seiten wird ihre »Entwicklungswirksamkeit« bezweifelt. Ihre Bank- und Kreditgeschäfte gehen seit Jahren nicht besonders gut. Geschäftsbanken und Länder wie China machen ihr das Geschäft streitig. Wichtige *Shareholder* wie die US-Regierung wollen ihre Aufgaben, Macht und Unabhängigkeit beschneiden, Regierungen von Schwellenländern ihren eigenen Einfluss auf Geschäft und Betrieb ausweiten. In der heutigen globalisierten Welt wird einer der wichtigsten Wegbereiterinnen dieser Globalisierung zunehmend die Existenzberechtigung, zumindest in ihrer gegenwärtigen Form, abgesprochen. Das öffnet ein »Window of Opportunity« für eine neue, grundlegende Diskussion über die Rolle der Bank und ihr Entwicklungskonzept von Liberalisierung und Privatisierung. Mit dem Slogan »Kein Geld für Armut« forderte etwa im vergangenen Jahr die britische Entwicklungsorganisation *Christian Aid* einen Stopp der Finanzierung der Bank aus öffentlichen Entwicklungsmitteln. Um diese Diskussion voranzutreiben, planen zivilgesellschaftliche Organisationen in mehreren europäischen Ländern weitere öffentlichkeitswirksame Kampagnen.

Eine Voraussetzung für Diskussion und Kampagnen ist eine grundlegende Bestandsaufnahme der Weltbankpolitik der vergangenen Jahre, die die Frage zu beantworten versucht, ob die Bank ihre zahlreichen Aufgaben, Ziele, Versprechungen und Ankündigungen überhaupt erfüllt – insbesondere die Armutsminderung als »alles überwölbende« Aufgabe. Sie kann auch die Grundlage für eine Analyse und öffentliche, breite Debatte darüber bilden, welche Entwicklungsstrategie am ehesten verspricht, eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung herbeizuführen. Danach ist zu entscheiden, welche Rolle eine Institution wie die Weltbank darin spielen kann – oder ob sie nicht längst überflüssig ist.

»Geschäftsziel« Armutsminderung

Internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank nutzen seit Jahrzehnten ihre Position als Geldgeber und Gläubiger, um die wirtschaftliche Entwicklung in zahllosen Ländern nach ihren Vorstellungen zu beeinflussen. Mit ihrem Rezept aus Privatisierung, Liberalisierung und Exportorientierung haben sie Strukturen geschaffen, welche die Spielräume für eine selbstbestimmte Politik einschränken. Dabei ist ihnen nicht gelungen, wofür sie eigentlich angetreten sind und womit sie ihre Politik rechtfertigen: Das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und gleichzeitig die Armut zu verringern.

Die Weltbankpolitik trägt nicht signifikant zu Wachstum bei

Die Evaluierungsabteilung der Weltbank stellt fest, dass jedes vierte von 120 untersuchten Ländern zwischen 1990 und 2003 ein »Minus-Wachstum« verzeichnete, nur 21 Länder erreichten ein Wachstum von mehr als 3%. In den vergangenen Jahren sind die Wachstumsraten angezogen, einerseits durch Länder wie China und Indien, andererseits durch hohe Rohstoffpreise. Doch nur zwei von fünf Empfängerländern, die die Evaluierungsabteilung in ihrem aktuellen Bericht 2006 über die Entwicklungswirksamkeit untersucht, konnten zwischen 2002 und 2005 ein kontinuierliches Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens verzeichnen.

Wachstumseffekte führen nicht zu Armutsminderung

Privatisierungen, ausländische Investoren und Handelsliberalisierung tragen wenig zur Armutsminderung bei, teilweise verschärfen sie die Armut, etwa durch die Verdrängung einheimischer Produktion. So stagniert die Zahl der Armen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben, zwischen 1990 und 2001 praktisch bei gut einer Milliarde, ohne China stieg sie sogar an. Zudem liegt sie vermutlich in Wirklichkeit weit höher, weil die Berechnungsmethoden der Weltbank, die die einzige Quelle für derartige Zahlen ist, höchst fragwürdig sind.

Die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit wächst weiter

Da wirtschaftliche Erfolge nicht »nach unten durchsickern« (*trickle down*), um die Armut zu verringern, werden die Reichen reicher, die Kluft wächst. Besonders die »Kerngruppe« der Armen, die Kleinbauern,

Landlosen und Landarbeiter, sind die Verlierer. Privatisierung und Liberalisierung des Welthandels führen zu Verdrängung, Ernährungsunsicherheit und damit zur Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung. Sie treffen besonders die wirtschaftliche Rolle von Frauen, die in vielen Regionen die kleinbäuerliche Produktion, den Straßenhandel und die lokalen Märkte dominieren.

Feigenblatt »Pro-Poor-Growth«

Die neueren Versuche der Weltbank, angesichts der geringen Fortschritte bei der Armutsminderung Wirtschaftswachstum »im Interesse der Armen« zu beeinflussen, halten grundsätzlich an dem Ziel fest, Investitionsklima, private Investitionen und Handelsliberalisierung zu fördern. Es erfolgt also keine grundlegende Abkehr von einer Politik, die sich als weitgehend wirkungslos für ein breites, armutsminderndes Wachstum gezeigt hat. *Pro-poor*-Maßnahmen werden vielmehr auf diese Wirtschaftspolitik »aufgepfropft« (*Add-on*) wie bei vielen Armutsminderungsstrategien (PRSPs), die seit 1999 entwickelt wurden, oder bleiben reine Lippenbekenntnisse. Ein Beispiel dafür, wie die Weltbank Armutsminderung ihrer ökonomistischen Logik unterordnet, ist ihr neuester *Gender*-Aktionsplan, der zwar darauf abstellt, Frauen durch Marktintegration und als Unternehmerinnen zu stärken und aus der Armut zu führen – als ob jede Feldarbeiterin, Tagelöhnerin oder Familienarbeiterin Unternehmerin werden könnte.

Durch ihre Schuldenpolitik läßt die Weltbank Schuld auf sich

Jahrzehntelang gewährte die Bank armen, bereits verschuldeten Ländern, von denen nicht wenige von kleptomane politischen Eliten beherrscht wurden, große Projekt- oder Strukturanpassungskredite. Die Bedingungen (Konditionalitäten), die daran geknüpft wurden, schwächten die einheimische Wirtschaft und warfen die Länder in ihrer Entwicklung zurück. Als in den 1990er Jahren klar wurde, dass die betroffenen Länder nicht wieder zahlungsfähig werden würden, setzte die Bank sich für den Erlass der Schulden von Gläubigern aus Industrieländern ein. Auch auf die eigenen Forderungen wollte sie verzichten, sofern sie ihr von den Industrieländern erstattet würden. Um den eigenen Schuldenerlass so gering wie möglich zu halten, übertrieb die Weltbank regelmäßig die Prognosen über die zukünftigen Einkommen der Schuldnerländer, wobei sie sich auch schlicht zum eigenen Vorteil

verrechnete. Damit ist sie der große Gewinner der Entschuldung, erhält sie doch auf diese Weise alte Kredite, die nicht mehr einzutreiben und zudem anrühlich waren (»odious debt«), zurück. Und sie weigert sich auch weiterhin, die Lehren aus dem Debakel ihrer Vergabepolitik zu ziehen und künftig davon abzusehen, wirtschafts- und finanzpolitische Auflagen zu machen.

Erst Investitionsklima, dann Umweltschutz

Die Weltbank hat sich die Formel einer »nachhaltigen Entwicklung«, die seit dem »Erdgipfel«, der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro auf der Tagesordnung steht, sehr schnell auf ihre Fahne geschrieben. Mit vielen Publikationen und Konferenzen, einer eigenen Abteilung für nachhaltige Entwicklung (ESSD) und als Treuhänderin zahlreicher Fonds wie der Globalen Umweltfazilität GEF hat sie sich einen grünen Anstrich gegeben. Zum einen erhielt sie dadurch Zugang zu neuen Finanzmitteln, zum anderen konnte sie sich profilieren – in der Hoffnung, die zahlreichen ökologischen Desaster, an denen sie in den Jahren zuvor beteiligt war, vergessen zu lassen.

Aktuellstes Beispiel für den Versuch, ihre Politik umweltfreundlich erscheinen zu lassen, ist der Rahmenplan für saubere Energie, den sie im Auftrag des G8-Gipfels 2006 im schottischen Gleneagles erstellt hat. Die Vorschläge, um den Energiebedarf in den Entwicklungsländern zu decken, sind allerdings weder umweltfreundlich noch armutsorientiert. Anstatt sich auf erneuerbare Energien zu konzentrieren, wird die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, insbesondere von Kohle und Erdgas, verstärkt. Damit forciert sie den höchst umweltschädlichen Bergbau, obwohl eine von ihr eingesetzte Untersuchung (*Extractive Industries Review*) empfohlen hatte, die Unterstützung zurückzufahren, und beschleunigt den weiteren Ausstoß von Treibhausgasen. Selbst Großstaudämme nimmt die Weltbank als förderungswürdig in ihren Energiemix auf, obwohl deren negative soziale und ökologische Auswirkungen unter anderem durch die unabhängige Weltstaudamm-Kommission nachgewiesen wurden.

Die Vorschläge helfen zudem nicht den Armen, da sie vor allem auf einen Ausbau der Stromversorgung durch zentrale große Kraftwerke und Stromnetze setzen, um so wirtschaftliches Wachstum anzukurbeln. Doch ärmere Bevölkerungsgruppen sind meist nicht an das Stromnetz

angeschlossen. Folglich stellt der Rahmenplan eher eine Energiewende zurück in die 1980er Jahre dar.

Nach wie vor betreibt die Bank weitgehend eine nachsorgende Umweltpolitik. Selbst die Evaluierungsabteilung moniert, dass Ansätze fehlen, um Umweltfragen von vornherein in die Kreditvergabe und die Politikberatung einzubeziehen. Stattdessen vertraut die Bank darauf, dass wirtschaftliche Liberalisierung, der private Sektor und marktwirtschaftliche Ansätze wie der Emissionshandel durch moderne Technologien, Gewinnanreize, besseres Management und höhere Effizienz eine nachhaltige Entwicklung voranbringen – eine Hoffnung, die bislang immer noch widerlegt worden ist.

Wachstum, Privatwirtschaft – und die Menschenrechte?

Während die Weltbank auf vielen Feldern bemüht ist, die Rechte und Interessen privater Unternehmen zu unterstützen und zu schützen, entzieht sie sich weitgehend der Verantwortung für die Betroffenen der von ihr mitfinanzierten Projekte und Programme. Zwar hat sie als Antwort auf die Kritik zivilgesellschaftlicher Gruppen an schädlichen Großprojekten in den 1980er Jahren begonnen, Richtlinien für ihre Kreditvergabe einzuführen, um die Umwelt und schwächere soziale Gruppen vor negativen Auswirkungen zu schützen. Doch diese »Minimalanforderungen, die alle Aktivitäten, die die Bank unterstützt, erfüllen müssen«, werden inzwischen wieder abgeschwächt. Zeitaufwand und Kosten gelten als eine Belastung für die Bankkunden, wodurch die Kreditvergabe gebremst wird.

Stattdessen versucht die Bank, ein »Ländersystem« voranzutreiben, nach dem die Richtlinien der Länder unter bestimmten Bedingungen selbst ausreichen. Da die Verantwortung damit weitgehend auf die Kreditnehmer selbst bzw. die beteiligten privaten Unternehmen übergeht, bezeichnete die Umweltabteilung der Weltbank diesen Vorstoß als »eine signifikante Verwässerung der Standards«. Die Rechte, die Berücksichtigung und der Schutz der besonderen Anliegen von Frauen oder indigenen Völkern könnten damit in den Hintergrund gedrängt beziehungsweise der ökonomischen Prioritätensetzung der Weltbank untergeordnet werden, wie am Beispiel von Frauen- und Mikrokredit-Programmen abzulesen ist.

Multilaterale Institutionen wie die Weltbank sollten ihr Handeln aber auch an internationale Menschenrechtsnormen binden, wie sie etwa im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte oder in den FAO-Richtlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung gefasst sind. Bislang hat sich die Bank weitgehend darauf zurückgezogen, dafür kein Mandat zu haben, eine Position, die Menschenrechtsorganisationen für eine Ausflucht halten. Vor allem kann die Weltbank nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn von ihr unterstützte Projekte dazu führen, dass Menschen keine Nahrungsmittel mehr anbauen können, den Zugang zu Wasser verlieren oder ihre Kinder wegen Schulgebühren nicht zur Schule schicken können.

Lektionen ohne Lehren

Teils aufgrund zahlreicher Fehlschläge, teils aufgrund breiter Kritik hat die Weltbank immer wieder Reformen durchgeführt, verbunden mit der Ankündigung, dadurch ihre Politik besser, wirksamer und erfolgreicher zu machen – insbesondere auch, was die Armutsminderung betrifft. Doch vieles davon blieb halbherzig und schlug sich kaum in der Geschäftstätigkeit nieder. Ein langjähriger Weltbankmitarbeiter bezeichnete das Verhalten der Bank, Reformen, Veränderungen und Zugeständnisse zu machen, ohne ihre Politik grundlegend zu ändern, einmal als »pragmatic, but principled approach« – die Bank ist pragmatischer geworden, ohne ihre Prinzipien wie Privatisierung und Liberalisierung aufzugeben.

So hat sie unabhängige Bestandsaufnahmen ihrer Staudamm- oder Rohstoff-Politik und daraus resultierende Empfehlungen nur sehr begrenzt als verpflichtend für ihre Infrastruktur- oder Energie-Politik anerkannt. Auch die Armutsminderungsstrategien (PRSPs), die die nationale Eigenverantwortung (*Ownership*) und damit die Wirksamkeit und Armutsorientierung der Entwicklungsbemühungen verbessern sollten, waren in der Praxis vielfach weder partizipativ, noch selbstbestimmt und unterschieden sich infolge dessen oft auch nicht von der Weltbankpolitik.

Ähnlich geht die Bank im Augenblick mit der schärfsten Kritik an ihrer Politik um – der Konditionalisierung. Entwicklungspolitiker aus Regierungen (UK, Norwegen) und Zivilgesellschaft kritisieren seit lan-

gem die Verknüpfung von Kreditvergabe und wirtschaftspolitischen Auflagen wie Liberalisierung und Privatisierung als undemokratisch, als schlechten Stil im Umgang mit nationalen Regierungen und unwirksam. Verbal hat die Weltbank dieser Kritik inzwischen Rechnung getragen und die Anzahl wirtschaftspolitischer Konditionen reduziert. Doch durch die Hintertür wird sie fortgesetzt. Beim *Benchmarking* etwa werden die Fortschritte eines Landes anhand von wirtschaftspolitischen Indikatoren, die den Entwicklungsvorstellungen der Weltbank über Privatisierung und Liberalisierung entlehnt sind, gemessen. Je niedriger die Bewertung ausfällt, desto weniger Weltbank-Kredite und -zuschüsse bekommt ein Land – eine Form der versteckten Konditionalisierung.

Systemfehler der Weltbank-Politik

Wesentliche Ursachen dafür, dass sich die Bank trotz einiger Reformen so wenig geändert hat, sind zum einen die ökonomischen und politischen Interessen, die die Bank verfolgt, zum anderen die Entscheidungsstrukturen.

Um ihre Geschäfte als Bank aufrecht zu erhalten, ist die Weltbank auf kontinuierliche Kreditvergabe, Schuldentilgung und Einnahmen angewiesen. Doch eine der wichtigsten Säulen ihres Geschäfts geriet in den 1990er Jahren ins Wanken, als sie aufgrund heftiger Proteste entschied, sich aus der Finanzierung großer Infrastrukturprojekte zurückzuziehen. Die Folge war ein rückläufiges Ausleihvolumen und geringere Einnahmen – bei steigenden Kosten. Aus eigenem Interesse wie auch auf Drängen von wichtigen Mitgliedsländern kehrte die Weltbank daher vor drei, vier Jahren mit ihrem »neuen Geschäftsmodell« zur Finanzierung von großer Infrastruktur zurück und verstärkte die Förderung privater Investitionen, insbesondere in lukrativen Schwellenländern und Bereichen wie dem Bau von Großstaudämmen und dem Bergbau. Dabei hat sich längst gezeigt, dass eine Strategie, die auf Großprojekte und Infrastruktur-Investitionen in Schwellenländern abstellt und damit kapitalintensive, beschäftigungsarme Sektoren begünstigt, kaum die Armut verringert, sondern die Ungleichheit weiter vergrößert.

Begünstigt wird eine solche Politik, die ständig in Widerspruch zum Ziel der Armutsminderung gerät, durch die undemokratischen Stim-

menverhältnisse und intransparenten Entscheidungsstrukturen. Die großen Industrieländer dominieren den Aufsichtsrat und damit die Entscheidungen über Politik, Programme und Projekte. Umgekehrt haben die Länder, die am stärksten betroffen sind – und die inzwischen die Weltbank weitgehend mit ihren Gebühren und Rückzahlungen finanzieren – den geringsten Einfluss – ganz zu schweigen von Bürgern oder Parlamenten. Doch Intransparenz, geringe Wirksamkeit, anhaltende Armut, schlechte Geschäfte und unzulängliche Rechenschaftspflicht beginnen, an der Legitimation und dem Ansehen der Weltbank zu kratzen.

Deutsche Weltbank-Politik – Wunschdenken und Wirtschaftsförderung

Deutschland als drittgrößter Anteilseigner und mit eigenem Exekutivdirektor im Verwaltungsrat privilegiert, hat seit Ende der 1990er Jahre auf grundlegende Reformen gedrängt, die die Bank auf ihren Auftrag der Armutsbekämpfung und der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit hin ausrichten sollten. Denn dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) selbst ist klar, dass viele der Reformversprechen der Weltbank aus den 1990er Jahren weitgehend Makulatur sind und die Weltbankpolitik der politischen Linie des BMZ in vielen Punkten grundlegend widerspricht. Doch ist es in zentralen Politikbereichen weitgehend bei schönen Worten geblieben: Weder in der Energie- noch in der Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik zum Beispiel konnte sie ein wirkliches Umsteuern durchsetzen. Ein Grund für diese halbherzige Politik ist, dass sie die Bank als ein wichtiges Mittel betrachtet, um die Wettbewerbschancen deutscher Unternehmen zu verbessern.

Als Anteilseigner ist die Bundesregierung zudem für die Einhaltung der Menschenrechte durch die Weltbank verantwortlich. Doch hat sie in den letzten Jahren sowohl die Verwässerung der Standards als auch nahezu alle Entscheidungen des Verwaltungsrats mit getragen. Damit trägt Deutschland eine erhebliche Mitschuld an den von der Bank finanzierten Fehlentwicklungen, damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen.

Roll back

Anspruch und Realität, Rhetorik und Handeln fallen in der Politik der Weltbank weit auseinander. Und trotz aller Bekenntnisse, die Bank in den Dienst einer nachhaltigen Entwicklung zu stellen, zeichnet sich inzwischen ein *Roll back* ab. Die Phase der Reformen, der Kooperation mit der Zivilgesellschaft und der Orientierung auf nachhaltige Entwicklung und Armutsminderung als handlungsleitende Zielsetzungen, die Anfang der 1990er Jahre begann, war anscheinend nur ein Zwischenspiel. Unter dem neuen Präsidenten Paul Wolfowitz kehrt die Bank zur Auffassung zurück, dass Wirtschaftswachstum, Investitionen und weltweite Marktintegration Vorrang haben vor Armutsminderung und Umweltschutz.

Doch knappe öffentliche Gelder dürfen nicht in eine Politik, die die Schere zwischen Reichtum und Armut immer weiter vergrößert, investiert werden, sondern müssen in eine wirklich nachhaltige Entwicklung fließen. Eine öffentliche Entwicklungsbank darf weder Umweltzerstörung noch Armut finanzieren und muss Ländern einen ausreichenden wirtschaftspolitischen Spielraum lassen, damit in Empfängerländern unter möglichst demokratischer Beteiligung der Bevölkerung selbst über die beste Entwicklungsstrategie entschieden werden kann.

Das **Forum Umwelt & Entwicklung** wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Hauptziel ist die Umsetzung der Beschlüsse dieser Konferenz.

In **thematischen Arbeitsgruppen** (z.B. zu Handel, Biologischer Vielfalt, Wasser, Klima und Energie...) werden sowohl gemeinsame Standpunkte und Strategien zur politischen Arbeit als auch Initiativen zur Bildungs- und Informationsarbeit entwickelt. Einmal im Jahr kommt das Forum Umwelt und Entwicklung zu einem themenübergreifenden Plenum zusammen.

Die Koordination und Information nach innen und außen übernimmt die **Projektstelle** Umwelt & Entwicklung. Sie ist Sprachrohr und Koordinationsinstrument des Forums Umwelt & Entwicklung und Umschlagplatz gemeinsam erarbeiteter Positionen der beteiligten Verbände. Sie unterhält Kontakte zu Organisationen aus Entwicklungsländern und stimmt sich mit internationalen Verbänden für gemeinsame Aktionen ab.

Die Arbeit der Projektstelle wird von einem **Leitungskreis** gesteuert, der sich aus VertreterInnen von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zusammensetzt. Er repräsentiert die im Forum mitarbeitenden Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und ist das politische Leitungsgremium des Forums.

Die Projektstelle wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert, Trägerorganisation ist der Deutsche Naturschutzring e.V. (DNR).

Kontakt:
info@forumue.de
www.forumue.de
0228 - 35 97 04

